

Gott als liebende und tragende Wirklichkeit für sich erfahren und damit glaubwürdig für andere erschließen können“. In den Ausbildungsvorgängen brauche es eine grundlegende Orientierung auf Gemeindebildung hin.

#### Die EKD legt Vorschläge zur Energieeinsparung vor

Vom Rat der EKD beauftragt, erarbeitete der *Wissenschaftliche Beirat des EKD-Umweltbeauftragten* ein Papier zu Möglichkeiten der Energieeinsparung angesichts der drohenden Klimagefährdung, das im April veröffentlicht wurde (EKD-Texte, Nr. 31). Daß Energieeinsparung als generelles Ziel Priorität habe, sei heute allgemeiner Konsens, heißt es in dem Papier. „Kein Konsens besteht allerdings darin, was genau dies heißen soll, wem gegenüber diese Priorität gelten soll, durch welche Grundsätze eine solche Priorität im einzelnen zu bestimmen ist und mit welchen Mitteln in welcher Zeit welche Ziele anzusteuern sind.“ Nach Meinung der Autoren braucht es angesichts der Klimagefährdung eine *radikal erweiterte Politik der Energieeinsparung*, die über die in der Bundesrepublik bisher praktizierte Umweltpolitik hinausgeht. Um die Möglichkeiten der rationellen Energienutzung und des Einsatzes regenerativer Energien in einem größeren Umfang zu verwirklichen, müsse auf jeden Fall in den Markt eingegriffen werden. Bestimmte energiepolitische Maßnahmen

könnten nicht schon deshalb ausgeschlossen werden, weil sie Nutzenergie und die Energiedienstleistungen verteuerten. „Vielmehr kommt es gerade darauf an, auf breiter Basis Verständnis für die notwendige Verteuerung der Energiedienstleistungen zu wecken und die Preisveränderungen in sozial verträglicher Weise vorzunehmen.“ Das Papier betont, daß Energieeinsparpolitik *Querschnittspolitik* sei und in zahlreiche Ressorts des politischen Handelns hineinreiche. Im einzelnen werden Maßnahmen in der Bau- und Wohnungspolitik, in der Wirtschafts- und Industriepolitik, der Verkehrspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Deutschlandpolitik und der Internationalen Politik genannt. Die beim gegenwärtigen Preisniveau der Energieträger bestehenden Hemmnisse, energiesparende Techniken verstärkt durchzusetzen, müßten dringend abgebaut werden. Die auf jeden Fall unerläßliche *Umsteuerung in der DDR* biete die Chance für eine energiepolitische Neukonzeption im Sinn ökologischer Optimierung. Keine einheitliche Meinung konnte im Wissenschaftlichen Beirat bezüglich der weiteren Nutzung der Kernenergie erzielt werden. Zum Teil wird die langfristige und dauerhafte Nutzung der Kernenergie wegen ihrer verschiedenen Risiken abgelehnt, zum Teil sieht man die Kernenergie als eine Bedingung, um das Klimaproblem in Grenzen zu halten, unter der Voraussetzung, daß die Katastrophenträchtigkeit heutiger Reaktoren überwunden werden kann.

## Bücher

ULF FINK, *Die neue Kultur des Helfens*, Nicht Abbau, sondern Umbau des Sozialstaates. Piper-Verlag, München – Zürich 1990. 199 S. 29,80 DM.

Der Umbau des Sozialstaates auf dem Hintergrund einer im sozialen Sinne veränderten Bedürftigkeitsstruktur, die Wiedergewinnung von Solidarität in durch technische Innovation und gesteigerte Arbeitsproduktivität gewandelten lebensweltlichen und zwischenmenschlichen Beziehungen, die Entwicklung neuer Formen und Strukturen sozialen Helfens und die Sensibilisierung für die sozialen und ökologischen Folgekosten des technologischen Umbaus der Industriegesellschaft für Beschäftigungssystem und Umwelt, verstanden als politische Gestaltungsaufgabe – das sind die hauptsächlichen Themen des Bandes. Seine Fragestellungen sind nicht mehr ganz neu. So manches Lieblingsprojekt, das Fink als ehemaliger Berliner Senator für Arbeit und Soziales entwickelt und durchgesetzt hat (von öffentlicher Unterstützung von Selbsthilfegruppen über den Einsatz von Sozialhilfe- resp. Arbeitslosenhilfeempfängern für öffentliche Arbeiten bis zur „Pflegerente“) und von denen jedes unkonventionell, aber keines unumstritten war, wird nochmals als Modell für prakti-

sche Lösungen inmitten eines höchst komplexen Prozesses des Wandels sozialer Strukturen und Beziehungen dargestellt. Aber anregend ist das Buch von der ersten bis zur letzten Seite. Das gilt auch für den von Fink in die Debatte geworfenen Vorschlag der Arbeits-Dreiteilung: in Arbeitszeit (Erwerbsarbeitszeit), Freizeit und Sozialzeit. Auch seine Forderung nach Mehrzweckverwendung von schulischen und anderen öffentlichen Einrichtungen, damit durch deren bessere Auslastung (in Parallele zur verlängerten Maschinenzeit) möglichst vielen sozusagen ambulante Begegnungs- und Dienstleistungszentren geschaffen werden können und so Hilfesuchende und Hilfeleistende in vornehmlich anonymen und zu Entsolidarisierung neigenden Sozialbeziehungen überhaupt erst einmal zusammenfinden, ist ein Experiment wert.

Fink argumentiert mit Phantasie, erfahrungsgeliebt, ohne ideologische Scheuklappen. Immer wieder fragt man sich freilich, ob das Ausgangspotential, das die Umgestaltung des Sozialstaats zu einer veränderten Kultur des Helfens auf den Weg bringen und tragen soll, hinreichend gewichtet wird. Die Einführung eines sozialen Jahres (schon hier wäre der unterschiedlichen Motivationsstruktur bei uns und in den USA, auf die Fink intensiv



verweist, nachzugehen) gut und recht, aber staatliche Maßnahmen und Gesetze, auch wenn sie strikt subsidiär sind, können kein von Verantwortung für Mitmenschlichkeit bestimmtes soziales Lernen ersetzen, höchstens supplementär die verengten Erfahrungsräume dafür durchbrechen. Da und dort bricht der Sozialtechnologe durch. Dennoch sind die in dem Band gesammelten Beiträge (über deren Erstherkunft hätte man gern etwas erfahren) etwas vom Originellsten und Praktischsten, was auf dem Markt ist. Schon ist man neugierig, was der künftige stellvertretende Vorsitzende des DGB, gegenwärtig politisch und intellektuell wohl eine der verkrustetsten Großorganisationen des bundesrepublikanischen Systems – als starker Mann in schwacher Position –, von seinen Ideen überbringt. In seiner Partei, der CDU, der Querdenker fehlen, weil sie sie nicht aushält, ist Fink trotz diverser politischer Ämter immer Außenseiter geblieben. *D. S.*

KARL WILHELM DAHM / ANDREAS MATTNER / JÜRGEN P. RINDERSPACHER / ROLF STÖBER (Hg.), *Sonntags nie? Die Zukunft des Wochenendes*. Campus Verlag, Frankfurt 1989. 220 S., 26,- DM.

*Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche* Band 24 hg. von HEINER MARRÉ und JOHANNES STÜTTING. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster 1990, VIII und 229 S., 36,- DM.

In den beiden Aufsatzsammlungen wird jeweils ein breit angelegtes, interdisziplinäres Gespräch über Fragen der Arbeitszeitgestaltung am Sonntag bzw. am Wochenende dokumentiert. Im einen Fall handelt es sich um das Symposium „Die Zukunft des Wochenendes“, das im November 1988 in Münster stattfand. Im anderen Fall um das 24. sogenannte „Essener Gespräch zum Thema Staat und Kirche“, das sich im März letzten Jahres mit dem „Schutz der Sonn- und Feiertage“ befaßte. In beiden Bänden werden die entsprechenden Referate bzw. Ausarbeitungen von Tagungsteilnehmern durch die Wiedergabe der Diskussionen auf den Veranstaltungen ergänzt. Die Veröffentlichung zu dem Essener Gespräch enthält außerdem einen Anhang mit kirchlichen Dokumenten zum Thema. Bei der Essener Veranstaltung dominiert die juristische Sicht (Verfassungs-, Arbeits- und Staatskirchenrecht), bei der Münsteraner Veranstaltung kamen Fragen der Arbeitsphysiologie sowie wirtschaftliche und produktionstechnische Gesichtspunkte hinzu. Interessant wird es in beiden Veröffentlichungen eigentlich immer dann, wenn – wie es der Konstanzer Jurist *Bernd Rütters* beim Essener Gespräch nannte – „weltlicher Wein in diese geistlichen Gewässer geschüttet“ wird. So gibt etwa Rütters zu bedenken, daß langfristig nicht nur das christliche Verständnis von Sonn- und Feiertagen Verfassungsschutz genieße, sondern das Sonntagsverständnis *aller* Bürger. Mit anderen Worten: Geschützt werden kann auf lange Sicht nur, was auch im Bewußtsein und den Lebensgewohnheiten verankert ist. Aber wie steht es etwa um das Verständ-

nis einer *nicht-religiös* begründeten Besonderheit des Sonntags? Insofern sind beide Veröffentlichungen auf ihre Weise ein Plädoyer dafür, sich nicht mit dem Verweis auf die institutionellen Garantien zu begnügen, sondern das real existierende Bewußtsein von der Eigenart des Sonntags zu berücksichtigen. *K. N.*

URS ALTERMATT, *Katholizismus und Moderne*. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert. Benziger Verlag, Zürich 1989, 472 S., 54,- DM.

Urs Altermatt ist Historiker für Schweizergeschichte an der Universität Freiburg/Schweiz und arbeitet seit langem auf dem Gebiet einer sozialwissenschaftlich ausgerichteten Katholizismusforschung. Mit diesem Band macht er eine Reihe von in den letzten zehn Jahren entstandenen Beiträgen zu Einzelthemen zusammen mit etwa ebensovielen bisher unveröffentlichten Beiträgen zum Thema zugänglich. Vom Antimodernismus eines sich in einer konfessionellen Sondergesellschaft verschanzenden Katholizismus des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zum Unbehagen an der Modernität, das gegenwärtig mancherlei kompensatorische Sinn- und Religionsbedürfnisse hervorbringt, unternimmt Altermatt einen Gang durch die Schweizer Kirchengeschichte der letzten 150, 200 Jahre, wie es ihn in der Katholizismusforschung und überhaupt in der Kirchengeschichte noch zu wenig gibt. Von diesem Ansatz her interessiert sich Altermatt weniger für kirchliche und politische Institutionen und führende Personen und ihre Entscheidungen, als vielmehr für Volksfrömmigkeit, Alltagsgeschichte, Strukturen, soweit sie für den Alltag breiter Kreise unter den Gläubigen bedeutsam werden und ihn mitprägen, für gesellschaftliche Bedingungen und kulturellen Wandel. Was die zentrale Kategorie dieser Darstellung der (Schweizer) Kirchengeschichte angeht, die *Modernisierung*, so spricht sich Altermatt gegen ihre lineare, eindimensionale Anwendung aus und beschreibt Tradition und Moderne in ihrem ambivalenten Verhältnis zueinander. Das vermehrte Interesse an der Geschichte der Katholiken in seinem Land bringt Altermatt in Verbindung mit eben diesem Gespür für die Ambivalenz in der Moderne: Die Geschichte dieses Katholizismus versteht er als Teil einer „Geschichte aus der Perspektive der Peripherie und der Minderheit“. Inzwischen sei man aber bereit, die ehemaligen „Sonderbündler“ (ebenso wie die Sozialdemokraten) ins offizielle Geschichtsbild zu integrieren. Gerade wegen des begrenzten Raumes, auf den diese Studien sich beziehen, und der zugleich im Fall der Schweiz gegebenen großen Vielfalt an Ausprägungen religiöser Lebenswelten, ist so eine Analyse entstanden, die exemplarisch Fragen behandelt, die naturgemäß nicht auf die Schweiz zu begrenzen sind. Studien wie diese weiten den Blick über das vermeintlich rein Innerkirchliche und Innertheologische hinaus. Sie helfen mit, Wirklichkeitsverluste abzubauen, wo allerlei Sehnsüchte nach der „guten alten Zeit“ Konjunktur haben. *K. N.*